

Geschichte der EU

1950	Schuman-Erklärung: Der französische Außenminister Robert Schuman stellt einen Plan für eine engere Zusammenarbeit von Frankreich und Deutschland vor. Damit wurde der Grundstein für eine Europäische Union gelegt und der 9. Mai später zum „Europatag“ erklärt.
1951	Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wird von Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg ins Leben gerufen.
1957	Die Verträge von Rom werden von den sechs EGKS-Mitgliedsländern unterzeichnet und damit die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) gegründet.
1967	EGKS, EWG, EURATOM fusionieren zur Europäischen Gemeinschaft (EG). Ein gemeinsamer Rat und eine gemeinsame Kommission werden eingesetzt.
1968	Zwischen den Mitgliedstaaten werden die Zölle abgeschafft.
1973	Die EG wird durch den Beitritt von Dänemark, Irland und Großbritannien auf neun Mitglieder erweitert.
1979	Erste Direktwahlen des Europäischen Parlaments finden statt. In der Folge wird alle fünf Jahre gewählt.
1981	Als erstes Mittelmeerland tritt Griechenland der EG bei.
1986	Spanien und Portugal treten der EG bei, womit die Zahl der Mitgliedsländer auf zwölf steigt.
1987	Die im Jahr zuvor unterzeichnete Einheitliche Europäische Akte (EEA) tritt in Kraft. Sie sieht die schrittweise Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes bis Ende 1992 vor.
1989	Am 9. November fällt die Berliner Mauer. Die DDR wird im Jahr danach durch die Wiedervereinigung Deutschlands Teil der EG.
1993	Der europäische Binnenmarkt mit freiem Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr wird eingerichtet. In diesem Jahr tritt auch der Vertrag von Maastricht in Kraft. Er ebnet den Weg zur gemeinsamen „Wirtschafts- und Währungsunion“, zur Einrichtung der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP). Die „Europäische Gemeinschaft“ heißt nun offiziell „Europäische Union“.
1995	Österreich, Finnland und Schweden treten der EU bei. Die Zahl der Mitgliedstaaten erhöht sich auf 15. Das zehn Jahre zuvor unterzeichnete

	Schengener Abkommen tritt in Kraft. Es ermöglicht den freien Personenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten.
1999	Der 1997 unterzeichnete Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft. Er umfasst Vorhaben zur Reform der EU Organe, zur Stärkung der Stellung Europas in der Welt und zur Förderung der Beschäftigung und der Bürgerrechte.
2000	Die EU-Grundrechtecharta wird unterzeichnet.
2002	Drei Jahre nach Einführung des Euro als Buchgeld werden in zwölf EU-Ländern (alle außer Dänemark, Schweden und Großbritannien) Euro-Banknoten und -Münzen eingeführt.
2003	Der Vertrag von Nizza (mit dem Ziel institutionelle Reformen der EU herbeizuführen) tritt in Kraft. Der Konvent zur Zukunft der EU schließt seine Arbeit zum Entwurf einer Europäischen Verfassung ab.
2004	Mit Slowenien, Ungarn, Slowakei, Tschechien, Polen, Estland, Lettland, Litauen, Zypern und Malta treten zehn weitere Länder der EU bei. Die Europäische Verfassung wird in Rom unterzeichnet, tritt jedoch nicht in Kraft, nachdem sie in Frankreich und den Niederlanden in Volksabstimmungen abgelehnt wurde.
2007	Bulgarien und Rumänien treten der EU bei. Am 13.12. wird der Vertrag von Lissabon unterzeichnet: Ziel ist, die EU demokratischer, effizienter und transparenter zu machen und zu befähigen, globale Herausforderungen – wie Klimawandel, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung – anzugehen.
2009	Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni sind in Österreich erstmals 16-Jährige wahlberechtigt. Am 1.12. tritt nach der zweiten, diesmal positiven Volksabstimmung in Irland der Vertrag von Lissabon in Kraft.
2012	Die EU-Bürgerinitiative, als direktdemokratisches Mittel zur politischen Teilhabe in der EU, tritt in Kraft.
2013	Kroatien tritt der EU bei. Damit zählt die Europäische Union nunmehr 28 Mitgliedstaaten.
2014	Im Mai finden Wahlen zum Europäischen Parlament statt.

aus:
Hamitoglu, Seda/Kurz, Magdalena: Europäische Integration.
Texte und Unterrichtsbeispiele, Wien: Edition *polis*, 3. Auflage, April 2014.